

EZB bleibt auf Kurs – Philly–Fed–Index: Lichtblick zu Jahresbeginn

Autor: GodmodeTrader–Team, Redaktion | 21.01.2021 17:00 | Copyright BörseGo AG 2000–2021

Immer bestens informiert: Mit dem News–Flash auf Godmode–Trader.de haben Sie die wichtigsten Ereignisse des Tages auf einen Blick!

- **Merkel** verteidigt Corona–Politik
- **Biden** demontiert Trump–Politik
- **China** verhängt Sanktionen gegen Ex–US–Regierungsmitglieder
- **Biden** leitet Rückkehr zu Klimaabkommen ein
- **Bank of Japan** bekräftigt geldpolitischen Kurs
- **Ärzte** sehen hohe Gefahr bei Corona–Mutationen
- **Commerzbank** will offenbar 400 Filialen schließen

DAX

- Der Dax beendete den Handel mit einem Minus von 0,1 Prozent bei 13.906,7 Punkten. AM Morgen gelang dem Index zwar kurzzeitig der Sprung über die Marke von 14.000 Zählern, aber knapp vor Erreichen des Rekordhochs setzten wieder Verkäufe ein.

Im Fokus stand die europäische Notenbank, die trotz verschärfter Lockdowns an ihrer Geldpolitik keine Änderungen vornahm.

Die heute von den USA gemeldeten Wirtschaftsdaten waren erfreulich. Sowohl vom Immobilien- und Arbeitsmarkt trafen besser als erwartete Zahlen ein, der Philly Fed Index lag mit 26,5 Punkten sogar deutlich oberhalb der Prognose von 12 Punkten.

Wie Washingtoner Kreise wissen wollen, wird der neue Präsident Joe Biden in den kommenden zehn Tagen eine Flut über 50 von Executive Orders unterzeichnen, um die Ära Trump im Rekordtempo am Kongress vorbei rückabzuwickeln. Bereits gestern verabschiedete Biden 17 Verordnungen.

Chartanalysen und Artikel des Tages

- [DAX–Tagesausblick: Kurssprung über den Abwärtstrend](#)
- [DOW – CISCO](#)
- [GOLD – Der Showdown beginnt](#)
- [EUR/USD–Tagesausblick: EZB im Fokus](#)

Unternehmen & Branchen

- [Tesla](#) kann mit den Vorbereitungen für seine geplante Batteriefabrik nahe der Autofabrik in Grünheide vorzeitig begonnen. Tesla sei auf Antrag hin ein „förderunschädlicher vorläufiger Maßnahmenbeginn“ gestattet worden, teilte eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums mit. „Das heißt, dass die Unternehmen auf eigenes Risiko Investitionen tätigen können und mit Investitionen beginnen dürfen, obwohl die beihilferechtliche Genehmigung und der nationale Zuwendungsbescheid noch nicht vorliegen und ohne dadurch die spätere Möglichkeit einer Bundesförderung zu verwirken“.
- Die US–Fluggesellschaft [United Airlines](#) steckt weiter tief in den roten Zahlen. Die drei Monate bis Ende Dezember wurden mit einem Minus von 1,9 Mrd. Dollar abgeschlossen, . Vor einem Jahr hatte es noch einen Gewinn von 641 Mio. Dollar gegeben. Der Umsatz brach um 69 Prozent 3,4 Mrd. Dollar ein.
- Ein Münchner Unternehmen wagt den IPO in New York. Der Onlinemodehändler [MyTheresa](#) wird auf eine

Bewertung von rund 2,2 Mrd. Dollar kommen. Das Interesse ist riesig: Der Ausgabepreis liegt mit 26 Dollar am oberen Rand der Zeichnungsspanne. Das Unternehmen selbst nimmt mit dem Börsengang 407 Mio. ein, der Rest geht an die Altaktionäre. Zudem gebe es die Möglichkeit einer Mehrzuteilung von weiteren 2,35 Mio. Aktien, der Bruttoerlös könnte somit noch auf 468 Mio. Dollar anwachsen. MyTheresa will mit dem Erlös verstärkt in das internationale Wachstum investieren.

- Der Aluminiumkonzern [Alcoa](#) warnte vor wieder schwächeren Geschäften, sollten sich die Absatzmärkte nicht erholen.
- Es wäre die Halbierung der Kapazitäten. Der neue [Commerzbank](#)-Chef **Manfred Knof** will drastisch bei Filialen und Jobs durchgreifen. So soll die Zahl der Standorte von derzeit gut 800 auf 400 sinken, wie das manager magazin am Donnerstag unter Bezug auf „Kenner des Geldhauses“ berichtete. Die Verkleinerung des Netzes sei einer der Kernpunkte von Knofs Sanierungsplan, den der Manager voraussichtlich bei der Bilanzvorlage am 11. Februar vorstellen werde. Eine Sprecherin der Bank wollte die Informationen nicht kommentieren.
- Der Mehrheitseigner von [BioNTech](#), Thomas Strüngmann, hat einen ambitionierten Wachstumsplan für das Unternehmen vorgestellt. Im Interview mit dem manager magazin schildert der Hauptinvestor, wie „Schritt für Schritt“ aus dem Mainzer Biotechunternehmen erstmals seit Jahrzehnten wieder ein eigenständiger, forschender Pharmakonzern in Deutschland entstehen soll. Mit dem Impfstoff habe BioNTech „die Schlagkraft der neuen mRNA-Technologie“ gezeigt, erklärt Strüngmann. Damit sei sein Wunsch, ein hochinnovatives Unternehmen zu entwickeln, schneller in Erfüllung gegangen als er gedacht habe. Trotz der Wertsteigerung an der Börse will er das Unternehmen nicht verkaufen. „Jeder in der Branche weiß, dass wir mit BioNTech erst am Anfang stehen. Unsere Strategie ist, erst einmal das Unternehmen aufzubauen, nicht zu verkaufen“, sagte er dem manager magazin.
- Der **Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)** hat davor gewarnt, nationale Alleingänge bei Grenzschießungen innerhalb der EU zur Bekämpfung der Corona-Pandemie durchzuführen. „Trotz Lockdown-Maßnahmen muss der grenzüberschreitende Warenverkehr funktionieren und die Wertschöpfungsketten intakt bleiben, sonst droht Europa ein noch stärkerer wirtschaftlicher Einbruch als im Frühjahr 2020“, sagte BDI-Präsident Siegfried Russwurm am Donnerstag. Er warnte vor Versorgungsengpässen unter anderem von Medikamenten und Schutzgütern.
- Die [Deutsche Telekom](#) und der spanische Telekommunikationsdienstleister [Cellnex Telecom](#) legen ihre Funktürme in den Niederlanden zusammen und schaffen unter dem Namen Cellnex Netherlands damit eine unabhängige Turmgesellschaft, wie der Bonner Konzern am Donnerstag mitteilte. In dieser sind dann 3.150 Standorte und Funktürme der Telekom-Tochter T-Infra sowie rund 1.000 Cellnex-Masten gebündelt. Bei dem Deal wird T-Infra in das neue **Digital Infrastructure Vehicle (DIV)** eingebracht. Die Telekom erhält eine Barzahlung von 250 Mio. Euro und wird Mehrheitseigner des neuen Investitionsvehikels.
- Die Schweizer Versandapotheke [Zur Rose](#) ist im vergangenen Jahr stärker gewachsen als vom Unternehmen selbst und vom Markt erwartet. Der Umsatz stieg robust auf 1,75 Mrd. Franken (inklusive Medpex und Apotal). Dies entspricht einem Wachstum von 14,4 Prozent. Im vierten Quartal 2020 beschleunigte sich das Wachstum bei einem Umsatz von 506 Mio. Franken auf 23,6 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode und lag damit auch deutlich über dem Vorquartal. Per Ende 2020 erhöhte sich die Anzahl aktiver Kunden um über 50 Prozent auf 10,5 Mio. im Vergleich zum Vorjahr und um 700.000 gegenüber dem Vorquartal.

Politik & Konjunktur

- Der Indikator für die **Verbraucherstimmung in der Eurozone** hat im Januar Einbußen verzeichnet. Nach Angaben der EU-Kommission fiel der Wert um 1,7 Punkte auf minus 15,5 Punkte. Der Indikator liegt weiter unter seinem langfristigen Durchschnittswert von minus 11,0 Punkten.
- In den USA ist die **Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe** in der Woche bis zum 16. Januar auf 900.000 gesunken, wie das US-Arbeitsministerium mitteilte. In der Woche zuvor waren es noch 926.000 Anträge gewesen. Volkswirte hatten im Schnitt 935.000 Erstanträge erwartet.
- Im Dezember legten sowohl die **Baubeginne als auch die Genehmigungen für neue Häuser in den USA** merklich zu. Die Beginne erhöhten sich zum Vormonat um 5,8 Prozent, wie das Handelsministerium am Donnerstag mitteilte. Die Baugenehmigungen stiegen um 4,5 Prozent gegenüber dem Vormonat.
- Das Geschäftsklima in der US-Region Philadelphia hat sich im Januar gemessen am Indikator der

regionalen Notenbank (**Philly-Fed-Index**) von 9,1 Punkten im Vormonat auf 26,5 Punkte verbessert. Volkswirte hatten nur mit einem Zuwachs auf 11,8 Punkte gerechnet.

- Der neue US-Präsident Joe Biden stoppte den Bau der umstrittenen **Pipeline Keystone XL**, ein 9 Mrd. Dollar schweres Projekt, das die Öl-Gebiete im kanadischen Alberta mit Steele City im US-Bundesstaat Nebraska verbinden sollte.
- An seinem zweiten Tag als **US-Präsident will Joe Biden** mit einer Verfügung seine Befugnisse als Präsident nutzen, um die Herstellung von Schutzmasken und -handschuhen, Testzubehör und Materialien für die Verabreichung der Impfstoffe zu beschleunigen.
- **Bundeskanzlerin Angela Merkel** will mit der neuen US-Regierung über die umstrittene Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 sprechen. "Dann müssen wir aber auch darüber sprechen, welche Wirtschaftsbeziehungen im Gas-Bereich mit Russland akzeptabel sind und welche nicht", sagte die CDU-Politikerin am Donnerstag.
- In den USA hat die Zahl der an einem Tag erfassten Corona-Toten den zweithöchsten Stand seit Beginn der Pandemie erreicht. Am Mittwoch lag die Zahl mit 4.231 Toten nur knapp unter dem am 12. Januar verzeichneten Höchstwert von 4.462, wie aus Daten der **Johns-Hopkins-Universität** vom Donnerstag hervorging.
- Die **Europäische Zentralbank** hält den Leitzins im Euroraum auf dem Rekordtief von null Prozent. Geschäftsbanken müssen weiterhin 0,5 Prozent Zinsen zahlen, wenn sie Geld bei der Notenbank parken. Das entschied der EZB-Rat nach Angaben der Notenbank am Donnerstag in Frankfurt. Zudem signalisierte die EZB ihre Bereitschaft, einzugreifen, falls es nötig ist. Der Umfang des PEPP-Programms wurde vor dem Jahreswechsel auf 1,85 Bio. Euro aufgestockt. Die Nettokäufe von Wertpapieren sollen bis Ende März 2022 laufen. Das Geld, das durch auslaufende oder getilgte Papiere eingenommen wird, wird bis Ende März 2023 reinvestiert. Sollte es nötig sein, werden die Programme angepasst.
- **Bundeskanzlerin Angela Merkel** hat bei ihrem Auftritt vor der Bundespressekonferenz betonte, das man sich aktuell vor einen schwierigen „Phase der Pandemie“ befinde. Die Kanzlerin verwies auf ein „gespaltenes Bild“. Einerseits würden die Zahlen der Neuinfektionen und der Covid-Patienten auf den Intensivstationen sinken. Ziel bleibe es aber, die Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden. Andererseits bleibe nämlich die Gefahr durch die Mutation aus Großbritannien. Wissenschaftliche Erkenntnisse deuten laut Merkel darauf hin, dass diese um viel ansteckender sei und als Hauptursache für die Explosion der Neuinfektionen in Großbritannien gelte.
- Nur fünf Prozent aller Reisen in den ersten beiden Januarwochen in Deutschland waren länger als 30 Kilometer, wie aus einer Sonderauswertung des **Statistischen Bundesamtes** hervorgeht. In der ersten Januarwoche sank die Mobilität um knapp 20 Prozent im Vergleich zum Januar vergangenen Jahres. In der zweiten Woche fiel der Rückgang mit 14 Prozent etwas schwächer aus. „Besonders stark war der Mobilitätsrückgang bei Reisen über längere Distanzen“, berichteten die Statistiker. Reisen über mehr als 30 Kilometer gingen in der ersten Woche um 37 und in der zweiten Woche um 34 Prozent zurück – und zwar unabhängig vom Corona-Inzidenzwert des jeweiligen Kreises.
- **Frankreichs Geschäftsklima** hat sich im Januar aufgehellt. Der Indikator stieg gegenüber dem Vormonat um einen Punkt auf 92 Zähler, wie das Statistikamt Insee am Donnerstag mitteilte. Volkswirte hatten einen unveränderten Wert prognostiziert.
- Die Corona-Krise wirft Städte und Gemeinden im Kampf gegen die Schulden um Jahre zurück. Einer Studie zufolge kommen auf die Bürger daher auch steigende Steuern und Gebühren zu. Fast zwei Drittel der größeren Kommunen in Deutschland haben aktuell entsprechende Pläne oder haben sie auch schon umgesetzt, wie die "**Kommunenstudie 2020/21**" des **Beratungsunternehmens EY** ergeben hat. Ein knappes Viertel der befragten Städte und Gemeinden hat zudem die Leistungen für die Bürger kürzlich reduziert oder plant, das zu tun. Investitionen sollen unterm Strich aber nicht zurückgefahren werden.
- Die **Exporte Japans** sind im Dezember 2020 erstmals seit gut zwei Jahren wieder gestiegen. Die Ausfuhren erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,0 Prozent, wie die Regierung am Donnerstag mitteilte. Die Einfuhren fielen zugleich allerdings um 11,6 Prozent.
- Die **FDP-Europapolitikerin Nicola Beer** fordert für mit einem Corona-Vakzine Geimpfte eine schnelle Aufhebung der Beschränkungen. Voraussetzung sei, dass es ausreichend Impfstoffe für alle gebe und Geimpfte andere nicht mehr anstecken könnten, sagte die Vizepräsidentin des Europaparlaments der dpa. „Für Bürger, die sich für das Impfen entscheiden, sollte unter diesen Bedingungen schnellstmöglich wieder das selbstbestimmte Leben ohne staatliche Einschränkung gelten.“
- **China** hat Sanktionen gegen mehrere Politiker der Ex-US-Regierung von Donald Trump verhängt – auch gegen den bisherigen Außenminister Mike Pompeo und den früheren Sicherheitsberater John Bolton. Die

Sanktionierten und deren Familien dürfen künftig nicht mehr nach Festlandchina einreisen, wie das Außenministerium in Peking mitteilte. Zudem wurde ihnen verboten, Geschäfte mit chinesischen Firmen zu machen. Insgesamt sind 28 US-Bürger betroffen. Die Maßnahmen wurden damit begründet, dass sich Pompeo und die anderen in innere Angelegenheiten der Volksrepublik eingemischt und das chinesische Volk beleidigt hätten.

- Der **neue US-Präsident Joe Biden** hat erste Schritte eingeleitet, um zum Klimaabkommen von Paris zurückzukehren. Biden unterzeichnete ein entsprechendes Schriftstück an die UN, um den Ausstieg seines Vorgängers Trump rückgängig zu machen. Nun sollen die USA nach Angaben der Vereinten Nationen ab dem 19. Februar wieder Teil des Vertrags werden. Biden will Amerika eigenen Aussagen zufolge zu einer führenden Nation beim Kampf gegen die Erderwärmung machen. Der neue US-Präsident hob zudem das von der Vorgängerregierung erlassene Einreiseverbot für Menschen aus muslimisch geprägten Ländern auf und er setzte die Finanzierung für den von seinem Vorgänger Donald Trump angeordneten Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko aus. Biden versprach in seiner Antrittsrede: „Wir werden unsere Bündnisse reparieren und mit der Welt zusammenarbeiten.“
- **Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU)** hat den verlängerten Lockdown mit schärferen Maßnahmen gegen Kritik verteidigt. „Das ist mit diesem Lockdown so wie mit einem Antibiotikum: Wenn Sie zu früh aufhören, kann es anschließend noch schlimmer werden“, sagte er. „Ich möchte nicht, dass wir uns am Ende vorwerfen müssen, wir haben zu früh gelockert.“
- Die **Bank of Japan** hält an ihrer extrem lockeren Geldpolitik fest. Japanische Geschäftsbanken können sich damit weiter so gut wie kostenlos Geld bei der Notenbank besorgen. Kredite für Investitionen der Wirtschaft und für Verbraucher sollen billig bleiben. Die Wirtschaft werde im bis 31. März laufenden Fiskaljahr um 5,6 Prozent schrumpfen, hieß es.
- Krankenhausärzte schließen nicht aus, dass wegen der in Großbritannien entdeckten Corona-Mutation noch härtere Einschränkungen nötig werden. „Wenn die Mutation so schlimm ist, wie Angaben aus England es vermuten lassen, dann könnte es sein, dass wir alles noch mal neu bedenken müssen“, sagte der **Präsident des Verbandes der Leitenden Krankenhausärzte Deutschlands, Michael Weber**, in einem Interview mit der NOZ.
- Der **Iran** muss nach dem Willen der **neuen US-Regierung** zu den Verpflichtungen des Atomvertrags von 2015 zurückkehren. Dies sei die Grundlage für ein Verhältnis mit Washington, sagte die **Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki**. Sie ließ offen, ob und unter welchen Umständen die USA dem Vertrag nach ihrem Ausstieg 2018 wieder beitreten könnten.
- Der **griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis** fordert, dass gegen Covid-19 geimpfte EU-Bürger ein Impfbizertifikat erhalten, um damit in der Europäischen Union unbehindert reisen zu können. „Durch die EU-weite Einführung eines vereinbarten und standardisierten digitalen Impfbizertifikats können wir den Lockdown schnell aufheben, Tourismus und Freizeitbeschäftigungen wiederbeleben und unseren Bürgern ermöglichen, sich frei und ohne Einschränkungen über Ländergrenzen hinweg zu bewegen, “ schrieb Mitsotakis in einem auf ThePioneer.de veröffentlichten Text.

Weitere Informationen zu den im Newsflash genannten Themen und noch mehr aktuelle Nachrichten finden Sie in Echtzeit auf [Guidants News](#). In Spitzenzeiten veröffentlicht Guidants News mehr als 100 Nachrichten pro Stunde. Damit Sie trotzdem den Überblick behalten, stehen Ihnen zahlreiche Filtermöglichkeiten zur Verfügung.

Im Artikel besprochene Instrumente

DAX	XETRA	19.04.2021 17:55:00	15.368,39	-91,36	-0,59	15.501,84	15.368,14
	Börsenplatz	Zeit	akt. Kurs	abs	%	Hoch	Tief

Stand: 20.04.2021 02:45:33

Risikohinweis & Haftungsausschluss gemäß § 15 und § 17 AGB BörseGo AG

§ 15 Haftung

15.1 Soweit Nutzer Inhalte in Diskussionsforen, sogenannten Streams, Chats oder Blogs einstellen und dort Ratschläge oder Anlagetipps erteilen, handelt es sich ausschließlich um von den betreffenden Nutzern verantwortete Inhalte. BörseGo stellt insofern lediglich das Medium technisch zur Verfügung und ist nicht für die Genauigkeit, Richtigkeit oder Verlässlichkeit dieser Inhalte verantwortlich. Insbesondere ist BörseGo nicht für Verluste oder Schäden haftbar, die dem Nutzer dadurch entstehen, dass dieser auf eine solche Information vertraut.

15.2 Resultieren Schäden des Nutzers aus dem Verlust von Daten, so haftet BörseGo hierfür unabhängig von einer etwaigen Beteiligung nicht, soweit die Schäden durch eine zweckgemäße, regelmäßige und vollständige Sicherung aller relevanten Daten durch den Nutzer vermieden worden wären.

15.3 Im übrigen haften BörseGo, ihre gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen nur bei Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten), das heißt solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf, und deren Verletzung auf der anderen Seite die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet. BörseGo haftet weiterhin für Schäden, die aus dem Fehlen zugesicherter Eigenschaften beruhen, sowie für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung von BörseGo, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.

15.4 Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (vgl. Ziff. 15.3) haftet BörseGo nur auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden, wenn dieser einfach fahrlässig verursacht wurde, es sei denn, es handelt sich um Schadensersatzansprüche des Kunden aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

15.5 Weitergehende Ansprüche des Nutzers auf Schadensersatz sind ausgeschlossen. Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.

§ 17 Risikohinweis

Die Informationen und Services auf den Portalen von BörseGo wenden sich an registrierte sowie nichtregistrierte Nutzer. Die Angebote, die der Nutzer auf den Portalen von BörseGo findet, richten sich jedoch ausdrücklich nicht an Personen in Ländern, die das Vorhalten bzw. den Aufruf der darin eingestellten Inhalte untersagen, insbesondere nicht an US-Personen im Sinne der Regulation S des US Securities Act von 1933 sowie Internet-Nutzer in Großbritannien, Nordirland, Kanada und Japan. Jeder Nutzer ist selbst verantwortlich, sich über etwaige Beschränkungen vor Aufruf der Portale zu informieren und diese einzuhalten.

Insbesondere weist BörseGo hierbei auf die bei Geschäften mit Optionsscheinen, Derivaten und derivativen Finanzinstrumenten besonders hohen Risiken hin. Der Handel mit Optionsscheinen bzw. Derivaten ist ein Finanztermingeschäft. Den erheblichen Chancen stehen entsprechende Risiken gegenüber, die nicht nur einen Totalverlust des eingesetzten Kapitals, sondern darüber hinausgehende Verluste nach sich ziehen können. Aus diesem Grund setzt diese Art von Geschäften vertiefte Kenntnisse im Bezug auf diese Finanzprodukte, die Wertpapiermärkte, Wertpapierhandelstechniken und -strategien voraus.

Soweit BörseGo Börsen- oder Wirtschaftsinformationen, Kurse, Indizes, Preise, Nachrichten, Marktdaten sowie sonstige allgemeine Marktinformationen auf ihren Portalen bereitstellt, dienen diese nur zur Information und zur Unterstützung der selbstständigen Anlageentscheidung des Nutzers. Auch wenn BörseGo alle eingebundenen Informationen sorgsam überprüft, erhebt BörseGo keinen Anspruch auf inhaltliche Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität. Es obliegt dem Nutzer selbst, die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität dieser Daten zu überprüfen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht ausschließlich, Kursdaten von Drittquellen. Die genannten Informationen stellen keine Aufforderung zum Kaufen, Halten oder Verkaufen von Wertpapieren und derivativen Finanzprodukten dar und begründen kein individuelles Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Sie sind keine Rechts-, Steuer- oder sonstige Beratung und können eine solche auch nicht ersetzen.

Bevor der Nutzer Investmententscheidungen trifft, sollte er sich sorgfältig über die Chancen und Risiken des Investments informiert haben. Aus einer positiven Wertentwicklung eines Finanzprodukts in der Vergangenheit kann keinesfalls auf zukünftige Erträge geschlossen werden. BörseGo übernimmt keine Haftung für die erteilten Informationen, die von BörseGo als vertrauenswürdig erachtet wurden, für bereitgestellte Handlungsempfehlungen sowie für deren Vollständigkeit.

Leser sowie Teilnehmer an multimedialen Veranstaltungen wie Webinare, Online-Seminare, Seminare oder Vortragsveranstaltungen, die aufgrund der veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen bzw. Transaktionen durchführen, handeln in vollem Umfang auf eigene Gefahr und auf eigenes Risiko.

BörseGo übernimmt keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Eine Haftung von BörseGo für die Inhalte derartiger Internetseiten ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Stand: September 2019

Das Dokument mit Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen sowie das Darstellen auf einer Website liegen, auch nur bei auszugsweiser Verwertung, bei der BörseGo AG. Alle Rechte vorbehalten.

www.boerse-go.ag © BörseGo AG

Aktiengesellschaft mit Sitz in München – Registergericht: Amtsgericht München – Register-Nr: HRB 169607 – Vorstand: Robert Abend, Christian Ehmig, Johannes Pfeuffer, Thomas Waibel – Aufsichtsratsvorsitzende: Dipl.-Kff. Jutta Hofbauer – Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27a UStG: DE207240211

München, 2021